



(Foto: Dr. Ulrich Speck)

Als eine Folge der vom Coronavirus ausgelösten Dynamiken wird sich die globale Ordnung verändern – auch wenn die Richtungen dieser Veränderungen heute noch nicht klar absehbar sind. Globale Kooperation könnte Schaden nehmen, weil Staaten einander nicht mehr trauen und mit der Krisenbewältigung zu Hause beschäftigt sind. Sie könnte aber auch zunehmen, weil die Krisenbewältigung gemeinsam effizienter ist und weil die gemeinsame Erfahrung des Coronavirus ein neues verbindendes Band für eine Weltgesellschaft und damit auch für Weltpolitik darstellt, meint Dr. Ulrich Speck.

Dr. Ulrich Speck ist außenpolitischer Analyst in Berlin und Heidelberg sowie Senior Visiting Fellow beim German Marshall Fund in Berlin. Zuvor hat er u.a. für Radio Free Europe in Prag, für Carnegie Europe in Brüssel und für die Transatlantische Akademie in Washington D.C. gearbeitet. Jahrelang hat er für die Neue Zürcher Zeitung die Kolumne „Specks Weltspiegel“ verfasst.

Die Corona-Krise und die globale Ordnung

Die Corona-Krise ist eine globale Erfahrung. Überall in der Welt schließen sich Menschen zu Hause ein, basteln Gesichtsmasken, fürchten um ihre Gesundheit, ja in nicht wenigen Fällen um ihr Überleben. Auch wenn der Zwangsurlaub für manche auch angenehme Seiten haben mag, wie etwa mehr Nähe mit der Familie oder Zeit für Hobbies, so wachsen doch die Befürchtungen, nicht nur gesundheitlicher Art.

Der Lockdown friert große Teile der Wirtschaftstätigkeit ein: Es wird weitaus weniger produziert, Lieferketten sind lahmgelegt, Löhne werden nicht gezahlt. Starke, prosperierende Staaten können den Ausfall der

Privatwirtschaft zumindest eine Zeitlang kompensieren durch staatliche Mittel, durch ein subventioniertes Imitieren der Realwirtschaft.

Doch je länger der Virus grassiert, je klarer wird, dass es mindestens ein Jahr oder zwei dauern wird, bis ein Impfstoff verfügbar ist, desto deutlicher wird, dass zu der unmittelbaren Gesundheitskrise auch eine wohl tief einschneidende, globale Wirtschaftskrise kommt. Zugleich wird der Konflikt zwischen Gesundheitsinteressen und Wirtschaftsinteressen wohl zu stärker werdenden Polarisierungen innerhalb von Gesellschaften führen. Die Solidarität mit den besonders Verwundbaren, den Älteren und Vorerkrankten, wird wohl auf eine harte Probe gestellt werden.

***GSP-Einblick** erscheint unregelmäßig mit Interviews, Standpunkten oder Essays von herausragenden Expertinnen und Experten der deutschen und internationalen Sicherheitspolitik. Es wird ausschließlich die Position des jeweiligen Autors/der Autorin vertreten, die nicht zwangsläufig der Position der GSP entsprechen muss.

Wirkung auf drei Ebenen

Die Coronakrise wird, auch das lässt sich schon relativ sicher voraussagen, beträchtliche Auswirkungen auf die globale Ordnung haben. Politiker und Staaten erweisen sich als unterschiedlich fähig, diesen enormen Stresstest zu bestehen — manche werden durch die Krise gestärkt, andere geschwächt werden. Staatliche Instrumente und Narrative werden neu justiert. Es ist freilich noch zu früh, eindeutige Trends auszumachen — wir stehen noch ganz am Anfang der Krise. Möglich ist es allerdings schon jetzt, einige Themen zu identifizieren, in denen sich der Wandel manifestieren wird. Das soll im Folgenden versucht werden.

Die Corona-Krise wirkt insbesondere auf drei Ebenen.

- Erstens in der individuellen Erfahrung, die sich zu einer kollektiven Erfahrung zusammenspannt — weil man überall Ähnliches durchgemacht hat, und weil dieses Erlebnis gemeinsam verarbeitet wird, in Gestalt von vielfältig vernetzten Diskursen und Narrativen.
- Zweitens die Ebene der Corona-Bekämpfung: Staaten müssen Ressourcen konzentrieren und strategisch einsetzen. Der Staat ist gefragt wie nie zuvor in den letzten Jahrzehnten: als Garant des physischen Überlebens, als Garant der wirtschaftlichen Existenz — und, in freiheitlichen Staaten, als Garant dafür, dass die Balance zwischen Zwängen der Virusbekämpfung balanciert wird mit dem Fortbestand von Grund- und Freiheitsrechten. Wirtschaft und Gesellschaft müssen sich mehr denn je darauf verlassen, dass die Regierung klug handelt.
- Drittens die Ebene der Wirtschaftskrise, die wiederum ihre ganz eigene Dynamik und Logik entwickelt. Den Zahlen nach steuern wir auf eine der größten Wirtschaftskrisen in der jüngeren Geschichte zu, mit kaum absehbaren Folgen. Es wird vermutlich zu sozialen Verwerfungen und zu harten Verteilungskämpfen kommen, innerhalb von Staaten und zwischen eng vernetzten Staaten wie in der Europäischen Union. Der Umbau der Wirtschaft nach Maßgabe der Ökologie wird in Frage gestellt werden. Und die digitale Transformation könnte einerseits vertieft werden (durch die Verlagerung vieler Aktivitäten in den Raum des Virtuellen), sie könnte aber andererseits gebremst werden, weil Staaten sich gezwungen sehen könnten, in den status quo zu investieren, um soziale Härten zu vermeiden.

Als eine Folge dieser vom Coronavirus ausgelösten Dynamiken wird sich die globale Ordnung verändern. Hier sind sechs Themen, die man dabei insbesondere im Auge haben sollte.

Erstens: Die Machtbalance zwischen den USA und China

In den letzten Jahren ist ein breiter internationaler Konsens darüber entstanden, dass wir uns in einer neuen Phase der Großmacht-Rivalität („great power rivalry“) befinden. Klar ist, dass die USA und China dabei die wichtigsten Spieler sind: beide sind global engagiert und interessiert, die USA sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch, China bislang vorwiegend wirtschaftlich, aber immer auch um direkte Macht und Einfluss bemüht.

Die meist diskutierte geopolitische Frage in der Corona-Krise ist dementsprechend: wie wirkt sich die Krise auf den Wettbewerb zwischen

beiden aus? Wird China geschwächt oder die USA? Geht einer von beiden womöglich sogar gestärkt aus der Krise hervor? Dabei gibt es mehrere Dimensionen. Die eine ist: wie gut schafft es ein Land, die Krise zu bewältigen, den Schaden für Leben und Gesundheit möglichst gering zu halten? Die andere: wie tief wird das Land von der wirtschaftlichen Krise getroffen? Dabei ist zu unterscheiden zwischen den konkreten, nach innen gerichteten Anstrengungen, die Krise zu bewältigen, und andererseits dem Kampf um die Gunst der Zuschauer: wer setzt sich mit seinem Narrativ auf der globalen Bühne durch? Klar ist mittlerweile, dass China mit dem Rücken zur Wand steht. Die Pandemie ist nun einmal in Wuhan ausgebrochen, der Ausbruch wurde zunächst verheimlicht, und Peking sich zum Lockdown entschloss, ließ man zugleich internationale Flüge weiter zu, womit der Virus sich weltweit verbreiten konnte. Auf der anderen Seite hat China zwar spät, aber dann doch massiv gehandelt. Die Kraft des aufstrebenden autokratischen Staates wurde offenbar effizient eingesetzt. Wuhan wurde dann Vorbild für den „Lockdown“, die „Hammer“-Methode, auch anderswo. Zugleich aber hat die politische Führung die Zahlen offenbar massiv heruntergespielt. Dass China nicht an der Spitze der Mortalitätsstatistik steht, sondern die USA, könnte sehr wohl auch daran liegen, dass die chinesischen Zahlen politisch manipuliert sind. Mit Mitteln der Desinformation und der Propaganda versucht die chinesische Führung, die eigenen Fehler zu verschleiern. Zugleich präsentiert sich China als Freund und Helfer in der Not: durch die Lieferung von Gesichtsmasken, und indem es eine Gesundheits-Seidenstraße (Health Silk Road) in Aussicht stellt. Doch all dies vermag nichts daran zu ändern, dass Peking mit dem Rücken zur Wand steht.

Doch auch amerikanische „soft power“ ist in der Krise nicht gestärkt worden. Im „swing state“ Europa und anderswo sind die Kapriolen von Trump angesichts des Virus mit Befremden aufgenommen worden: das Verleugnen, die Suche nach Sündenböcken, die Ablehnung eigener Verantwortung. Vor allem aber scheint der Coronavirus wieder einmal zu bestätigen, dass Amerika sich von der Welt abgewandt hat. Statt globale Kooperation über UN, WHO, G7 und G20 ebenso wie über bilaterale Kanäle zu intensivieren, um den Virus zu bekämpfen und die wirtschaftlichen Folgeschäden in Grenzen zu halten, hat der amerikanische Präsident der internationalen Zusammenarbeit gleich mehrfach eine demonstrative Absage erteilt.

Längerfristig allerdings könnte die Corona-Krise in der Konkurrenz zwischen China und den USA eher zugunsten Amerikas ausschlagen. Auch wenn der US-Präsident versagt hat, so sind doch die Vereinigten Staaten in vieler Hinsicht kompetent und effizient. Trotz eines insgesamt problematischen Gesundheitssystems sind doch medizinische Forschung und das Niveau der Medizin vielerorts Weltklasse. Und wenn die Zentralregierung versagt, springen die Gouverneure und der Kongress ein. Das amerikanische System ist eben anders als das chinesische System nicht völlig von Entscheidungen — und Fehlern — an der Spitze abhängig, sondern basiert auf regionaler, lokaler Selbstregierung und starken, eigenständigen Institutionen. Und viele davon funktionieren gut, oder sehr gut in der Krise. Die Aktivitäten der US-Zentralbank Federal Reserve haben den US-Dollar als globale Reservewährung sogar noch massiv gestärkt; auch das ein Indikator dafür, dass die USA trotz Trump global nach der Krise stärker dastehen könnte als China. Das gilt umso mehr, wenn Trumps schwache

Performance schließlich doch den Ausschlag dafür gibt, dass ein Demokrat im Herbst gewählt wird. Denkbar wäre dann ein massives Comeback amerikanischer Führung — was in weiten Teilen der Welt sehr begrüßt werden würde.

Zweitens: Wirtschaftliche Globalisierung

Chinas globale Position ist nicht nur im Hinblick auf seine soft power bedroht. Langfristig noch viel bedrohlicher ist die Aussicht, dass viele Länder sich darum bemühen könnten, weniger abhängig von chinesischen Rohstoffen und Produkten zu werden. Die Macht des Regimes beruht zum einen auf dem Wohlstandsversprechen gegenüber den Untertanen, zum anderen auf seinem wirtschaftlichen Einfluss insbesondere in Eurasien, aber auch in Afrika, Südamerika und den USA. Wie weit die chinesische Wirtschaft direkt durch die Corona-Krise getroffen werden wird, hängt davon ab, ob der Virus selbst in China unter Kontrolle gehalten werden kann, und davon, wie weit die Nachfrage global einbricht. Das aber ist nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist das zu erwartende verstärkte Bemühen vieler Länder, Produktion und Lieferketten weg von China zu verlagern, aus einer Vielzahl von Gründen: um solche Lieferketten krisenresistenter zu machen; um das Risiko, in politische Spannungen mit China hineingezogen zu werden, zu verringern; weil der Druck seitens des Regimes auf in China engagierte Unternehmen in den letzten Jahren zugenommen hat; weil industrielle Fertigung immer mehr von Robotern übernommen wird, und damit die Bedeutung von Lohnkosten geringer wird.

Die Abwendung von China ist als Tendenz schon länger erkennbar. Die Frage aber ist, ob

die Rhetorik tatsächlich massive Folgen hat. Kostspielige Verlagerung von Produktion wird man sich vielleicht in Krisenzeiten nicht leisten können oder wollen. China bleibt auch als Absatzmarkt bedeutend, etwa für die deutsche Automobilindustrie. Und nicht wenige Akteure werden auch China als eine bedeutende aufstrebende Macht nicht ausgrenzen und vor den Kopf stoßen wollen.

Drittens: Globale Kooperation

Die existenzielle Erfahrung des Lockdown, des Abgeschnitten-Seins, der Isolation, des Lebens in Angst vor einem unsichtbaren Virus, der von menschlichen Trägern unsichtbar ins eigene Land, in die eigene Stadt gebracht wurde, kann auf viele Weisen politisch verarbeitet werden. Denkbar ist, dass Abschließung, Autonomie und Autarkie die Leitmotive der politischen Verarbeitung werden: Strategien, um die eigene Verletzlichkeit in einer bislang auf Interdependenz hin orientierten ökonomischen und politischen Ordnung zu verringern. Grenzen könnten dauerhaft wieder hochgezogen werden, der Staat seine Zentralität für alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten behalten, das Fremde als Bedrohung gesehen werden.

Auf der anderen Seite ist auch eine Verarbeitung der Erfahrung denkbar, die auf Intensivierung der Zusammenarbeit setzt — die aus der gemeinsamen globalen Erfahrung des Ausgeliefertseins an einen unsichtbaren Virus einen neuen emphatischen Begriff von Weltwirtschaft, Weltgesellschaft und Weltpolitik entwickelt. Auch für diese These spricht einiges:

- die wirtschaftliche Rekonstruktion nach der Krise erfordert eine Fortsetzung der globalen arbeitsteiligen Wirtschaft,

anstelle von kostspieliger Verlagerung nach Hause;

- die Erfahrung, dass eine medizinische „scientific community“ global arbeitsteilig zusammenarbeiten muss, um Erkenntnisse über Covid19 schnellstmöglich zu gewinnen und Strategien und Instrumente für die Bekämpfung bereitstellen zu können;
- die Abhängigkeit vom Wissen über die „best practices“ anderer Staaten (insbesondere einiger asiatischer Länder wie Südkorea oder Taiwan);
- das Funktionieren der WHO als Instrument des globalen Management der Pandemiebekämpfung (auch wenn die WHO in der Rolle des „early warning mechanism“ versagt hat, aufgrund ihrer strukturellen Abhängigkeit von den Mitgliedstaaten);
- die Notwendigkeit, die Wirtschaftskrise gemeinsam zu bewältigen, als Weltwirtschaft;
- das kollektiv geteilte Gefühl globaler Solidarität, verstärkt durch intensiviertere globale Kommunikation in den sozialen Medien.

Beide Trends sind vorstellbar. Insbesondere wenn sich in den USA der demokratische Präsidentschaftskandidat Joe Biden durchsetzt, und wenn er tatsächlich amerikanische Führung erneuert, könnte auf die Ära der Abschließung und Konkurrenz eine neue Ära der globalen Kooperation folgen.

Viertens: Europas Kohärenz

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Entwicklung der politischen Kohärenz in Europa. Wird die Krise die nationalstaatliche Ebene in Europa stärken, oder zu intensiverer Zusammenarbeit

auf der Ebene der EU führen? Wird Europa als Machtblock aus der Krise gehen, oder als lockerer Bund von Staaten?

In den Anfängen der Krise war bemerkenswert zu sehen, wie stark die Staaten das Krisenmanagement nach nationalen Kriterien und Interessen betrieben haben — inklusive Frankreich, dessen Präsident ja gerne als Vorreiter einer stärker integrierten EU gesehen wird. Als die Krise erkennbar da war, wurden Grenzen geschlossen und nationale Maßnahmen ohne viel Kooperation mit Nachbarn oder mit Brüssel getroffen. Die Kooperation, die tatsächlich stattfand, wurde oft auf dem kleinen Dienstweg von Grenzregionen gemanagt. Und die Ähnlichkeit der getroffenen Maßnahmen war nicht Folge von gemeinsamen Beschlüssen der Regierungschefs, sondern vom Druck, den Vorreiter auf Nachbarn durch ihr Handeln ausübten: etwa Frankreich oder Österreich auf Deutschland. Damit wurde ein weiteres Mal bestätigt, dass Krisenmanagement ganz klar und deutlich eine Domäne der europäischen Hauptstädte ist, und dass Brüssel damit kämpft, in solchen Zeiten überhaupt als Akteur oder relevante Aktionsebene wahrgenommen zu werden. Auch wenn die Kommission sich darum bemühte, übergeordnete Koordination zu betreiben: als sie mit ihrem Plan für die Aufhebung des Lockdowns antrat, waren Frankreich und andere längst vorgeprescht mit ihrem Maßnahmenkatalog.

Wo die EU eine wichtige Rolle spielen wird, ist weniger in der Bekämpfung des Virus selbst als vielmehr bei der Bewältigung der wirtschaftlichen Krise, die massiv werden dürfte — schlimmer als die Eurokrise, den bisherigen Zahlen nach zu urteilen. Aber auch hier werden die Hauptstädte den Ton angeben, und Brüssel wird nachzuvollziehen haben, was die

zentralen Player beschließen. Deutlich wurden in den Anfängen der Krise auch einmal mehr die tiefen Risse und Spaltungen in der EU. Wieder einmal standen die Länder des Südens gegen die Länder des Nordens. Ob daraus mehr gemeinsames Krisenmanagement entsteht, oder nur mehr Entfremdung und Frustration, auf allen Seiten, wird zu sehen sein. Ein großer Sprung in Richtung fiskalischer Gemeinschaft ist aber wenig wahrscheinlich; zu unterschiedlich sind die Interessen und Vorstellungen im Norden und Süden, aber auch die in den letzten Jahren gewachsene Entfremdung zwischen Osten und Westen. Doch auch ein Auseinanderbrechen der EU bleibt sehr unwahrscheinlich: auch wenn die EU viele enttäuscht, so schafft sie doch auch weiterhin ein Maß an Zusammenarbeit und Gemeinschaftlichkeit, wie es in anderen Weltregionen undenkbar ist.

Fünftens: Europas Nachbarschaft

Noch kaum absehbar sind die Folgen der Corona-Krise für die östliche und südliche Nachbarschaft Europas. Die kleineren Länder gehen dabei sehr unterschiedliche Wege: Während Belarus den Virus zu ignorieren versucht, scheint Georgien recht erfolgreich bei seiner Bekämpfung. Das Ausmaß, in dem die Pandemie zuschlägt, ist aber noch kaum in Ansätzen zu erkennen. Erstens wird es vermutlich zu immer neuen Wellen des Ausbruchs kommen, bis endlich ein Impfstoff verfügbar ist, also unter günstigen Umständen in einem Jahr. Zweitens wird viel zu wenig getestet in vielen dieser Länder — Russland über Iran bis zur Türkei —, um zu wissen, in welchem Stadium sie sich befinden. Drittens sind auch die Zahlen über Todesfälle sehr unzuverlässig. Teils aus politischen Gründen, vor allem aber, weil es wenig Zuverlässigkeit bei der Ermittlung von Todesursachen gibt.

Wovon man aber ausgehen muss ist, dass die Pandemie die begrenzten Ressourcen der Gesundheitssysteme vieler Länder in der östlichen und südlichen Nachbarschaft überfordern wird, wenn nicht jetzt dann vielleicht im Herbst oder Winter. Und zweitens, dass die große kommende Wirtschaftskrise ärmere Länder — und Länder mit großer sozialer Ungleichheit — besonders hart treffen wird. Auf Russland könnte eine große Systemkrise zukommen, zumal der Ölpreis, auf den der Staatshaushalt angewiesen ist, sich auf historischem Tiefstand befindet. Und auch Iran, das besonders hart getroffen scheint, könnte die Krise noch stärker in die Bredouille bringen, mit unabsehbaren Folgen für den regionalen Kampf um Vorherrschaft. Was für die halbstabilen Länder gilt, das gilt natürlich noch viel stärker für die Kriegs- und Krisenzonen, insbesondere für Teile von Syrien und Libyen, die dem Virus weitgehend wehrlos ausgeliefert sind.

Sechstens: Ein Stresstest für Staaten

Die Corona-Krise ist ein Stresstest für die Effizienz von Staaten: Können sie das Territorium und seine Bewohner tatsächlich wirksam kontrollieren? Sind sie in der Lage, den Staatsapparat zu mobilisieren, Ressourcen verfügbar zu machen und sie gezielt einzusetzen? Wie gewinnen die Staaten die Mitwirkung der Bevölkerung, durch Zwang oder durch Vertrauen und Kommunikation, welcher Weg ist effizienter? Sind Staaten in der Lage, die nötigen medizinischen Produkte auf dem Weltmarkt zu beschaffen oder rasch selbst herzustellen? Wie kommen Staaten an das für die Virusbekämpfung nötige know-how, wie fließt Expertise in die Analyse und Entwicklung von Strategien ein? Und auf der zweiten Ebene — der Wirtschaftskrise —: wie effizient und für wie lange

sind Staaten in der Lage, die Wirtschaft einzufrieren, ohne dass viele Unternehmen oder gar Branchen dauerhaft leiden und es zu einer Abwärtsspirale durch Überlastung der Sozialsysteme kommt? Wie gut sind Staaten in der Lage, eine faire Verteilung von Ressourcen zu organisieren? Wie gehen Staaten in liberalen Ordnungen damit um, dass sie plötzlich über eine massive Steuerungsfunktion in Bezug auf die Wirtschaft verfügen? Und drittens: Wie gut ist ein Staat darin, Kooperation mit anderen Staaten zu organisieren — bei der konkreten Bekämpfung der Pandemie, und bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise? Werden effiziente Strategien der Zusammenarbeit entwickelt?

Auch wenn die Corona-Krise nicht alles umwälzt, sie wird doch zu einem neuen Ranking von Staaten führen: wer den Virus eindämmt, wird Gewinner sein, wer von ihm überwältigt wird, Verlierer. Das gilt für Regierungen und Parteien in den Staaten ebenso wie für Staaten im Kontext des internationalen Wettbewerbs.

Ausblick: Die Corona-Krise und die deutsche Sicherheitspolitik

Die Konturen einer post-Corona-Welt sind noch kaum erkennbar. Aller Voraussicht nach befinden wir uns noch an einem frühen Zeitpunkt der Krise. Ob es längerfristige Immunität gibt (und ob damit „Herdimmunität“ als Idee und Strategie Sinn macht), ist noch sehr fraglich. Ebenso rechnen Experten mit einem Impfstoff frühestens in einem Jahr (und auch hier könnten Mutationen des Coronavirus weitere Probleme bereiten). Wie viele Todesfälle es noch geben wird, wie schlimm die Wirtschaftskrise wird: all das ist derzeit noch nicht absehbar.

Die Folgen des Coronavirus für die deutsche Sicherheitspolitik sind demzufolge kaum

abzuschätzen. Die Spannungen und Konflikte um Europa herum könnten steigen, sie könnten sich aber, auch wegen der Schwäche von Akteuren wie Iran und Russland, verringern. Die Kohärenz der EU könnte zunehmen oder sich verringern, was das Projekt „europäische strategische Autonomie“ stärken oder nahezu obsolet machen könnte. Die transatlantischen Beziehungen könnten sich intensivieren oder aber dahinsiechen. Die Spannung zwischen den USA und China könnte zunehmen oder aber an Schärfe verlieren — wenn China aufgrund eigener Schwäche die Vorherrschaft im pazifischen Asien nicht mehr so massiv anstrebt und ihm die Mittel für das Projekt Infrastruktur-Dominanz in Eurasien ausgehen. Die Globalisierung könnte heruntergefahren werden — wegen wachsenden Misstrauens zwischen Staaten — oder auch intensiviert werden, weil zur ökonomischen Krisenbewältigung die internationale Arbeitsteilung und Vernetzung benötigt wird. Globale Kooperation könnte einfrieren, weil Staaten einander nicht mehr trauen und voll und ganz mit der Krisenbewältigung zu Hause beschäftigt sind. Sie könnte aber auch zunehmen, weil die Krisenbewältigung gemeinsam effizienter ist, und weil die gemeinsame Erfahrung des Coronavirus ein neues verbindendes Band für eine Weltgesellschaft und damit auch für Weltpolitik darstellt.

Sicher ist bislang nur, dass sich Geschichte gerade wieder einmal beschleunigt: wie 1989/90, wie nach dem 11. September 2001, wie im Gefolge der Finanzkrise 2008ff. Die post-Corona-Welt wird eine andere sein als die Welt vor Corona.

Bisher erschienen:

GSP-Einblick 1/2020, März: „[Dr. Hans-Peter Bartels im GSP-Interview](#)“ von Prof. Dr. Johannes Varwick

GSP-Einblick 2/2020, April: „[Afrika und die Corona-Krise](#)“ von Prof. Dr. Robert Kappel

GSP-Einblick 3/2020, Mai: „Die Corona-Krise und die globale Ordnung“ von Dr. Ulrich Speck



Hinweis: Auch unser Blog befasst sich intensiv mit den Konsequenzen der Corona-Krise für die Sicherheitspolitik: diskutieren Sie mit! [Hier geht es zum Blog.](#)

Die **GSP** ist die **älteste** und **größte sicherheitspolitische Vereinigung Deutschlands** und bundesweit sowie in vielen Schichten der Gesellschaft präsent. Mit über **6000 Mitgliedern** in sieben Landesbereichen und über **70 Sektionen** diskutieren und vermitteln wir **Sicherheitspolitik** deutschlandweit – **gehaltvoll, sachkundig, parteiunabhängig, ideologiefrei, bunt** und mit **Herzblut**.

Präsident der GSP und presserechtlich verantwortlich ist Prof. Dr. Johannes Varwick; Redaktion: Fabian Schlüter B.A.

Gesellschaft für Sicherheitspolitik e.V.

Geschäftsstelle Bonn
Wenzelgasse 42
53111 Bonn
T +49 (0)228 652556
geschaeftsstelle@gsp-sipo.de

Berliner Büro
Reichstagufer 14
10117 Berlin
praesidenten-buero@gsp-sipo.de

Abonnieren Sie auch unseren Newsletter und unsere Social-Media-Kanäle!



www.gsp-sipo.de/wir-ueber-uns/newsletter



www.gsp-sipo.de



www.twitter.com/gsp-sipo



www.facebook.com/GSPSipo